

Krisenfeste Strukturen

KZVB und BLZK beim Expertenrat Gesundheitssicherheit

© miss irine – stock.adobe.com

Auch in Extremsituationen kann man auf die niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte bauen. Dies machten die Vertreter von KVB, KZVB, BLZK und BLÄK bei einer Sitzung des Expertenrates Gesundheitssicherheit im bayerischen Gesundheitsministerium deutlich. Neben der ambulanten und stationären ärztlichen Versorgung im Krisenfall ging es bei dem Treffen auch um Arzneimittelversorgung und die Pflege. KZVB-Vorstandsmitglied Dr. Jens Kober informierte darüber, dass die KZVB für alle Landkreise in Bayern Zivilschutzzahnärzte benannt hat.



Dr. Jens Kober (KZVB), Dr. Gerald Quitterer (BLÄK), Dr. Dr. Frank Wohl (BLZK) und Dr. Christian Pfeiffer (KVB) tauschten sich über das Abfedern möglicher Krisenszenarien aus.

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach treibt die Vorbereitung des Gesundheitssystems auf mögliche Ernstfälle energisch voran. Gemeint sind etwa Pandemien, Cyberangriffe, Sabotageakte oder auch militärische Konflikte. Gerlachs Intention ist es, im Falle eines Falles noch weitaus „krisenfester" zu sein. Der bayerische Expertenrat, bestehend aus Akteuren der stationären und ambulanten Versorgung, der Notfallmedizin sowie der Bundeswehr, den Hilfsorganisationen, der Pflege, der Krankenkassen, der psychiatrischen Versorgung und der Arzneimittelversorgung, kommt seit dem vergangenen Jahr regelmäßig zusammen, um sich über die aktuelle Lage, politische Entwicklungen und deren Auswirkungen auf den Gesundheitssektor sowie den Umgang mit Krisenszenarien auszutauschen.

„Wir kommen gut voran", so Gerlach und machte deutlich: „Ein entscheidender Faktor bei einem Krisenfall sind natürlich unsere Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte in der ambulanten Versorgung. Wir stehen hierzu in engem Austausch mit der Kassenärzt-



„Wir sind auf den Katastrophenfall vorbereitet", bekräftigte Dr. Jens Kober im Gespräch mit Generalstabsarzt Dr. Hans-Ulrich Holtherm, Kommandeur der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München.



Die KZVB hat mittlerweile für fast alle Regionen Bayerns sogenannte Zivilschutzzahnärzte ernannt.

lichen Vereinigung Bayerns (KVB), der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZVB) und den Kammern, um für das Thema zu sensibilisieren und gemeinsam mit Vorbereitungen für den Aufbau krisenfester Strukturen zu beginnen. Dabei geht es um Themen wie die Gewinnung von interessierten Ärzten und Zahnärzten, die im Zivilschutzfall unterstützen wollen, oder Krisenübungen in Arztpraxen."

Beispiele, wie so etwas ganz praktisch aussieht, gibt es genügend. Schon vergangenes Jahr gab es Krisenübungen an vier bayerischen Kliniken, bei denen beispielsweise der Umgang mit biologischen Sonderlagen, Trinkwasserverunreinigungen und längerfristigen Ausfällen von Versorgungsinfrastruktur geübt wurde. Eine große Übung zur Bewältigung einer bioterroristischen Gefahrenlage wurde am Klinikum der Ludwig-Maximilians-Universität München durchgeführt.

Um im Krisenfall eine zahnärztliche Grundversorgung aufrechtzuerhalten, hat die KZVB vor Kurzem für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt in Bayern sogenannte Zivilschutzzahnärzte ernannt. In der Regel sind das die Obleute oder deren Stellvertreter. Im Katastrophenfall fungieren sie als Ansprechpartner für die Katastrophenschutzbehörden. Zu ihren Aufgaben könnten je nach Krisenszenario die Verteilung von Schutzausrüstung und Medikamenten, die Lenkung von Patientenströmen sowie die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens gehören. Dr. Jens Kober, Vorstandsmitglied der KZVB: „Wir hoffen nicht, dass es zum Katastrophenfall kommt, aber wir sind vorbereitet. In unsere Planungen flossen auch Erfahrungen aus der Coronapandemie ein."

Stichwort Arzneimittelversorgung: Bei einem Planspiel sollten Vertreter von öffentlichen und Krankenhausapotheken, Arztpraxen, dem Großhandel und dem kommunalen Katastrophenschutz bei einem mehrtägigen Blackout die Arzneimittelversorgung trotz fehlenden Stroms und Internetzugang sowie ohne Telekommunikationssysteme sicherstellen. Dies habe einmal mehr gezeigt, wie entscheidend eine Vernetzung der Akteure vor Ort ist.

In Zusammenarbeit mit Praktikern aus der Pflegebranche wurde auch bereits ein Handlungsleitfaden für das Krisen- und Notfallmanagement von Pflegeeinrichtungen erarbeitet. Darüber hinaus würden Pflegeunterstützungskräfte durch die Hilfsorganisationen ausgebildet werden, die dem Pflegepersonal im Ernstfall zur Hand gehen können. Mit dem Bayerischen Roten Kreuz soll ein entsprechendes Pilotprojekt auf die Beine gestellt werden. Hierfür könne der Freistaat jedoch nicht allein aufkommen. Der Bund müsse hier seiner Finanzierungsverantwortung gerecht werden, um eine flächendeckende Ausrollung des Ausbildungsprogrammes zu gewährleisten, so die Ministerin.

Judith Gerlach: „Egal, welche Krisen auf uns zukommen – ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar."

Redaktion